

Wirtschaft

TKSE-Chefin Marie Jaroni hat den wohl härtesten Job in der deutschen Industrie > Seite 30



Die neue Medienmacht der Superreichen

Eine Clique von Vermögenden kauft Medien und fördert damit eigene Geschäfte und rechtspopulistische Politiker.

Wie stark bedroht das die Demokratie und was lässt sich dagegen tun?

Von Alexandra Förderl-Schmid, Alexander Hagelüken, Ann-Kathrin Nezik und Martin Wittmann

Rupert Murdoch wird ein Satz zugeschrieben, der das Selbstverständnis des langjährigen Eigners von Zeitungen wie dem Boulevardblatt *Sun* illustriert: Gehe er, Murdoch, zum Sitz des britischen Premierministers in der Downing Street, dann machen sie dort, was er ihnen sagt. Der Satz legt einen unangemessenen Einfluss auf die Politik nahe. Der Australier soll damit auch begründet haben, warum er die EU ablehnt: Gehe er nach Brüssel, nehme dort keiner Notiz von ihm.

Rupert Murdoch ist der Prototyp des Medienzaren, der fragwürdige Macht auf die Demokratie ausübt. Über Jahre hinweg kultivierte er die Abhängigkeit nicht nur konservativer Politiker von seinen Blättern, wobei er von deren wirtschaftsliberaler Politik profitierte. Dabei behielt er Feind und Freund stets im Blick: Es waren seine Medien von der *Sun* bis zur *Sunday Times*, die die Briten 2016 aus der EU trieben – ein wirtschaftliches Desaster für Großbritannien. In den USA machte sein Sender Fox News die Ideen der Maga-Bewegung publik und half dem Immobilienunternehmer und Playboy Donald Trump, Präsident zu werden. Mit all seinen Folgen.

In Italien hob Silvio Berlusconi das Modell Murdoch eine Ebene höher: Der Unternehmer ging selbst in die Politik. „Berlusconi wurde Premierminister, weil er über seine TV-Kanäle die Öffentlichkeit beeinflussen konnte“, urteilt der Forscher Josef Trappel, der schon lange die Medienmacht reicher Menschen studiert.

Nun ist Berlusconi tot und Murdoch 95 Jahre alt. Die Macht des Patriarchen verblasst, Zeitungen und Sender verlieren an Publikum und damit an Einfluss. Doch damit hat sich das Thema der Medienmacht Reicher nicht erledigt. Vor allem in den USA tritt eine Gruppe von Männern das Erbe von Berlusconi und Murdoch an. Sie heißen Elon Musk, Jeff Bezos und Larry Ellison. Sie kommen aus dem Silicon Valley und sind nur im Nebenjob Medienunternehmer, aber mindestens genauso macht- und einflussreich wie ihre Vorgänger. Sie alle stehen Donald Trump nahe und schrecken nicht davor zurück, ihren Einfluss zugunsten des Rechtspopulisten einzusetzen.

Ihr Auftritt folgt einer anderen Logik als bei Murdoch und Co. „Traditionell kauften Vermögende Medien, um damit reich zu werden und die Politik zu beeinflussen“, schildert Nic Newman, Forscher am Reuters Institute for the Study of Journalism. „Jetzt, da zahlreiche Medien Geld verlieren, treten viele als Käufer auf, die schon reich sind. Zu ihren Motiven zählt oft, die Politik zu beeinflussen und andere geschäftliche Interessen zu schützen.“ Medien sollten jedoch als eine der Kontrollinstanzen fungieren, die die Demokratie schützen. „Wenn Medien Eigentümer aus dem Big Business haben, die politische oder andere geschäftliche Interessen verfolgen, sind sie auf viele Arten kompromittiert.“ Musk, Bezos und Ellison haben mehr Geld, als Berlusconi und Murdoch je zu träumen wagten: Sie nehmen aktuell die Plätze eins, vier und sechs auf der *Forbes*-Liste der reichsten Digitalisten. Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

Menschen des Planeten ein. Da stellen sich ganz neue Fragen für die Demokratie, findet Josef Trappel, der an der Uni Salzburg Medienökonomie lehrt: „Medien sollen diejenigen kontrollieren, die in einer Gesellschaft Macht haben. Wenn jene, die Macht ausüben, die Medien kontrollieren, dann funktioniert das nicht mehr.“ Wie agieren die neuen Medienzaren? Und was lässt sich dagegen tun? Fünf Beispiele – und einige Gegenstrategien.

Jeff Bezos (USA)

Wenn man so will, ist der Amazon-Gründer der Pionier der neuen Ära. Bezos kaufte 2013 die *Washington Post*, die einst den Watergate-Skandal aufdeckte. Er hoffte, denselben Mut zu haben wie die legendäre Verlegerfamilie Graham, sagte er damals. Und er verspricht, seine Reporter könnten jede Geschichte recherchieren, auch wenn er dafür unter Druck gerate. Bezos investierte. 2017, mitten in Trumps erster Amtszeit, gab sich die Zeitung einen neuen Slogan: „Democracy Dies in Darkness“, Demokratie stirbt in der Dunkelheit.

Dann verbot Bezos im Wahlkampf 2024 plötzlich die jahrzehntelange Praxis, zur Wahl eines Kandidaten aufzurufen. Der fertige Leitartikel für Trumps Konkurrentin Kamala Harris erschien nie. Hunderttausende der eher linksliberalen Leser kündigten ihr Abo. Wenig später outete sich Bezos als Trump-Unterstützer. Amazon sagte eine Doku über Melania Trump zu und zahlte für das dünne Werk 40 Millionen Dollar. Bezos änderte auch die Leitlinien für das Meinungsressort der *Post*. Alle Kommentare müssen nun für „persönliche Freiheiten“ und „freie Märkte“ eintreten.

Kritik an Trump findet man auf den Meinungsseiten seitdem nur noch in Spurenelementen. Fast die Hälfte der 800 Journalisten entließ die Geschäftsführung im Februar. Bezos, dessen Vermögen auf mehr als 200 Milliarden Dollar geschätzt wird, wollte offenbar keine Millionenverluste mehr dulden. Er schwächte die *Post* in einem Moment, in dem Trump und dessen Regierung Medien offen anfeinden und immer mehr Grenzen überschreiten.

Elon Musk (USA)

Der Tesla-Chef kaufte 2022 für 44 Milliarden Dollar die Social-Media-Plattform

Twitter (heute X) und modelte sie um. Bald nahm er den lebenslangen Bann für den Nutzer D. Trump zurück, der nach dem Sturm auf das Kapitol verhängt worden war. „Forschung zeigt, dass die Algorithmen Musks Kommentare und die anderer Rechtspopulisten bevorzugten“, berichtet Nic Newman. X, das nicht wie klassische Medien reguliert werde, könne durch Algorithmen signifikanten Einfluss ausüben. Musk nutze X als politisches Werkzeug.

Der reichste Mann der Welt pumpte eine Rekordsumme in Trumps Wahlkampf, nach dessen Erfolg er an der Spitze der Behörde Doge den Staatsapparat kleinhacken durfte. „Musk ist sozusagen Berlusconi im Quadrat“, sagt Trappel. „Auf X kann keine Kontrolle der Medienmacht Trump erfolgen, wenn Musk für Trumps Wahlkampf spendet und für ihn arbeitet. Das ist etwas, das wir in einer Demokratie nicht wollen.“

Der Tesla-Chef steht gleich für mehrere Trends. Zum einen kommen reiche Medieneigner inzwischen oft aus dem rechtspopulistischen Lager wie Musk, der für die AfD wirbt. Zudem kommt es durch die Digitalisierung zu einer massiven Konzentration der Medien mit einer Handvoll dominanter Firmen, die globale Plattformen wie X, Facebook oder TikTok steuern. „Damit ist das Phänomen der Medienmacht Reicher größer geworden, und für die Demokratie bedrohlicher“, sagt Trappel.

Außerdem fördern die neuen Medienzaren durch ihre Avancen an Trump ihre übrigen Geschäfte so ungeniert, wie es selten zu beobachten war. Musk etwa hat ein Interesse an Staatsaufträgen für Firmen wie SpaceX und profitiert von lascheren Gesetzen für autonomes Fahren oder künstliche Intelligenz. „Musk, Bezos und Mark Zuckerberg, die bei Trumps Inauguration in der ersten Reihe saßen, erfüllen die Wünsche des Präsidenten, um ihre Geschäfte weiter auszubauen“, sagt Trappel. Zuckerberg verzichtete auf Kontrolle von Inhalten auf Facebook und Instagram, weil Trump das wollte. „Er verfolgt wohl selbst keine Ideologie, aber er ist Opportunist. Doch es beschädigt den Diskurs, wenn demokratiefeindliche Stimmen auf den Plattformen nicht beschränkt werden.“

Paul Marshall (Großbritannien)

TV-Nachrichtensender in Großbritannien oder Frankreich wurden lange Zeit regu-

liert, um unparteiisch zu sein. Da hat sich einiges geändert. Der Hedgefonds-Milliardär Paul Marshall gründete 2021 den Sender GB News mit, den ersten neuen Nachrichtenkanal, seit Rupert Murdoch 1989 Sky News startete. GB News verliert häufig Geld, überholt aber zeitweise Sky News bei den Zuschauern – und wird oft mit dem Trump-Promotern von Fox News verglichen. Marshall, der „Großbritanniens antwortende Medienbarone“ genannt wird, geht es um politischen Einfluss, analysiert Nic Newman. Er spendete für die Kampagne zum EU-Ausstieg. Der Rechtspopulist Nigel Farage präsentierte bei ihm genauso Programme wie Boris Johnson. „Es gibt eine klare ideologische Linie“, sagt Newman, „das ist für britische Sender neu.“ Die Medienbehörde hat oft kritisiert, der Einsatz von Politikern als Interviewer verstoße gegen die Regeln, unparteiisch zu sein.

2024 enthüllte eine NGO, Marshall habe in einem anonymen X-Account Tweets gelikt, die zur Massenabschiebung von Migranten aufriefen. Nach massiver Kritik erklärte ein Sprecher, die Tweets entsprächen nicht seiner Meinung. Ende März rügten 100 Kirchenführer den überzeugten Christen Marshall, der gesagt hatte, Großbritannien sei mit „Klimagestörtheit“ infiziert. Die Geistlichen forderten ihn auf, seine Interessenkonflikte offenzulegen: 2023 habe der von ihm gemanagte Hedgefonds zwei Milliarden Euro in 100 Öl- und Gas-Firmen investiert, während Nachrichtenmoderatoren von GB News den Klimawandel anzweifeln.

Vincent Bolloré (Frankreich)

Auch in Frankreich übernehmen Reiche Medien, um marktliberale oder ultrarechte Positionen zu befördern. Zehn Milliarden besitzen 90 Prozent der Tageszeitungen, TV-Sender von Superreichen haben 55 Prozent Marktanteil. Die Familie hinter dem Rüstungskonzern Dassault kontrolliert die Zeitung *Le Figaro*. Bernard Arnault, Chef des Luxuskonzerns LVMH, gehört das Boulevardblatt *Le Parisien*. In einem Parlamentsausschuss zu Medienmacht erklärte Arnault, er wolle „Glanzstücke der Medien retten“. Er verneinte direkten Einfluss, sagte aber, er wolle keine Zeitung, die sich „marxistisch“ ausrichte. Auch Vincent Bolloré behauptete, er investiere nicht aus Ideologie in die TV-

Sender Canal+ und CNews, den Radiosender Europe 1 oder das *Journal du Dimanche*. Seine Vorgehensweise, die „Stinktier-Strategie“ genannt wird, zeigt anderes: Da werden unliebsame Chefredakteure eingesetzt, die eine rechte Agenda durchsetzen und widerspenstige Journalisten hinausdrängen. „Die Lage in Frankreich hat sich mit Bolloré verändert“, sagt Philippe Bouquillon, der sich an der Uni Sorbonne Nouvelle mit der politischen Ökonomie der Kommunikation beschäftigt. Vor 20 Jahren hätte er verneint, dass Reiche ihre Medien nutzen, um die Öffentlichkeit zu beeinflussen. „Heute sage ich Ja.“ Bolloré, der seine Milliarden mit Zigarettenpapier und Logistik verdiente, erkläre offen, dass Journalisten seinem Willen zu folgen hätten.

Bolloré nutzt seine Plattformen, um rechte und rechtsextreme Themen salonfähig zu machen. Bei CNews hatte der wegen antimuslimischer Hasskommentare verurteilte Journalist Éric Zemmour zwei Jahre lang eine Sendung und konnte sich zum Präsidentschaftskandidaten aufbauen. Ein Jahr vor der nächsten Wahl profitieren Politiker der extremen Rechten um Marine Le Pen von Bollorés Unterstützung. „Für Bolloré ist Medienbesitz ein Mittel, um Geschäfte zu sichern und Einfluss auf die Regierung zu nehmen“, sagt Bouquillon. Auch andere Milliardäre nutzen Medien, um ihre Agenda zu befördern oder über unliebsame politische Vorschläge herzu ziehen. „Diese Form der Einflussnahme fördert Ungleichheit, weil Vorschläge wie höhere Steuern für Reiche oder Ideen für mehr soziale Gerechtigkeit als altmodisch oder kommunistisch dargestellt werden.“

Larry und David Ellison (USA)

Kaum jemand hätte vor einem Jahr gedacht, dass Larry und sein Sohn David einmal die mächtigsten Medienunternehmer der USA sein würden. Der 81-jährige Larry hat den Konzern Oracle gegründet, sein Sohn David produzierte in Hollywood Blockbuster wie „Mission Impossible“. Aber sie ergriffen einfach die Möglichkeiten, die ihnen Trumps zweite Präsidentschaft bietet. Ellison Senior ist seit Jahren so etwas wie ein strategischer Freund Trumps. Er spendete Millionen für republikanische Kandidaten; als Trump 2020 gegen Joe Biden verlor, diskutierte er in einem Telefonat mit Verbündeten

Trump, wie sich die Wahl Bidens anzufeln ließe. Solche Loyalität zahlte sich aus. Als Trump US-Käufer für Tiktok suchte, erhielt Oracle 15 Prozent der Video-App, die allein in den USA 170 Millionen Nutzer hat. Dann übernahm Sohn David mithilfe seines Vaters den Paramount-Konzern mit dem CBS, einem der drei großen TV-Sender. Die Regierung winkte den Deal durch, nachdem Paramount zugestimmt hatte, dem Präsidenten 16 Millionen Dollar zu zahlen. Trump hatte CBS auf Schadenersatz verklagt, weil ein Wahlkampf-Interview mit Kamala Harris angeblich unfair geschnitten gewesen sei.

David Ellison versucht, den Eindruck zu vermeiden, er wolle CBS auf Trump-Linie bringen. Aber als er Bari Weiss zur Chefin von CBS News machte, war das ein politisches Signal. Weiss hatte einst bei der *New York Times* gekündigt, weil sie sich von Kollegen wegen ihrer konservativen Ansichten gemobbt fühlte. Schon nach wenigen Wochen stoppte sie vorübergehend einen investigativen CBS-Beitrag über die Zustände in einem Gefängnis in El Salvador, in dem von Trump abgeschobene Einwanderer landen. Nun sieht es so aus, als würden die Ellisons auch noch Warner Bros., den Mutterkonzern von CNN, übernehmen, den TV-Sender, den Trump hasst wie keinen zweiten. Josef Trappel findet das hochproblematisch. „Wenn der Eigentümer die ideologische Position der Regierung vertritt, verliert die Demokratie ein Kontrollorgan.“ CNN erfülle in den USA eine wichtige Rolle. „Wenn ein demokratieorientiertes Kontrollorgan seine Wirkung verliert, dann ist das gefährlich. Im November sind Zwischenwahlen.“

Doch was lässt sich gegen die Medienmacht Reicher tun?

Ein Eigentümer sollte nicht zu viel besitzen, sagt Nic Newman. Die Frage ist, wie Politiker das verhindern können – oder ob sie es wollen. Ein anderer Gedanke wäre, die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Etwa über mehr öffentliche Schulungsangebote, die es ermöglichen, interessengeleitete Informationen der Medien Superreicher ebenso zu erkennen wie Fake News auf Social Media.

Josef Trappel hat noch einen Vorschlag: „Es wäre wichtig, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken. Der hat die Aufgabe, eine Balance zwischen verschiedenen Meinungen herzustellen.“ Wichtig sei, dass der öffentliche Rundfunk von der Gesellschaft kontrolliert werde und nicht von der Regierung wie in Ungarn, wo der Rechtspopulist Viktor Orbán mit seinem Freundeskreis die Medienlandschaft unter seine Kontrolle gebracht habe. Gebe es dagegen wie in Skandinavien starke, unabhängige öffentlich-rechtliche Sender, seien die Menschen signifikant informierter als in Ländern ohne ein solches System – wie in den USA.

Ach ja, objektive Informationen von unabhängigen Medien: Man könnte schon sagen, dass das angesichts der wachsenden Medienmacht Reicher mit Rechtsdrill so wichtig für die Demokratie in Europa und den USA werden könnte wie selten zuvor.

COLLAGE: LINA MORENO/SZ; FOTOS: IMAGO